

## **Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe**

(10. - öffentliche - Sitzung am 10. März 2020)

### **Außerhalb der Tagesordnung:**

Die Kommission kam einstimmig überein, den Verfassungsschutz Niedersachsen für eine der kommenden Sitzungen um eine Unterrichtung zu den Anschlägen in Hanau zu bitten. Herr Timur wird dazu einen schriftlichen Antrag nachreichen.

### **Beratungsthemen:**

#### **1. IS-Rückkehrer**

Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)

Die Kommission diskutierte über den vorliegenden Antrag und stimmte diesem sodann - bei einer Enthaltung - zu.

#### **2. Studie KiTa-Besuch**

Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)

Die Kommission erörterte die vorliegende Empfehlung und stimmte ihr sodann - mit einer Enthaltung - zu.

#### **3. Anerkennung von ausländischen Abschlüssen in Niedersachsen erleichtern**

Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)

Die Kommission bat einstimmig die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Thema. Als Termin wurde die Sitzung am 16. Juni 2020 bzw. am 7. Juli 2020 in Aussicht genommen.

#### **4. Abschiebungen nach Sudan**

Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)

Die Kommission bat die Landesregierung einstimmig um eine Unterrichtung zu dem Thema. Als Termin wurde die Sitzung am 16. Juni 2020 bzw. am 7. Juli 2020 in Aussicht genommen.

#### **5. Verschiedenes**

„Weiterberatung von Beschlüssen der Kommission im Landtag gemäß § 18b Abs. 4 Satz 3 GO LT sowie § 3 Satz 3 besondere GO - Berichterstatterinnen und Berichterstatter der Kommission“

Auf Anregung des Mitgliedes der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diskutierte die Kommission das oben genannte Thema und kam überein, dass eine derartige Stärkung der Kommission wünschenswert sei. Es bestand Einigkeit darüber, dass eine

entsprechende Änderung der Geschäftsordnung einer interfraktionellen Abstimmung bedarf.

Ferner kamen die Kommissionsmitglieder auf die neue Broschüre des Niedersächsischen Integrationsrates, auf das Prozedere der Einbürgerung in Deutschland sowie auf die Aufnahme von geflüchteten Minderjährigen aus Griechenland zu sprechen.